



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 888 890

P/XVI/250 - 6. November 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
2	<u>Bis zum bitteren Ende</u> Zynismus als Rettungsanker	31
2 - 3	<u>Verschuldete Gemeinden - bei vollen Staatskassen</u> Finanzverfassung und kommunale Finanzen Eine aufschlussreiche Tagung in Bergneustadt	100
4	<u>Die Balkanfronten in Bewegung</u> Wo werden sie erstarren ? Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	46
5	<u>Dummheit oder Provokation ?</u> Zur Verhaftung eines Jugoslawen in München Werden französische Widerstandskämpfer jetzt auch verhaftet ?	38

* * *
* *

Bis zum bitteren Ende

Zynismus als Rettungsanker

sp - Bis zum bitteren Ende wird bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung die Substanz des demokratischen Staates Bundesrepublik unterhöhlt. Es ist bekanntgeworden, dass während der zahlreichen Beratungen der CDU-Fraktion sehr ernst zu nehmende Männer aufgestanden sind und Konrad Adenauer vor der Verfassungswidrigkeit des Koalitionsabkommens gewarnt haben. Sie wollten in letzter Minute erreichen, dass der Altbundeskanzler sich wenigstens bewusst wird, wie brüchig das Fundament ist, auf dem er seine Kombinationen aufbaut.

Hierbei ergab sich - dem sicheren Vernehmen nach - zwischen einem CDU-Abgeordneten und dem Altbundeskanzler folgender Wortwechsel:

"Sie dürfen doch nicht vergessen, Herr Bundeskanzler, dass die sogenannte Koalitionsvereinbarung schon deswegen nicht haltbar ist, weil der einzelne Abgeordnete nur seinem Gewissen gegenüber verantwortlich ist."

Antwort des Altbundeskanzlers, zynisch lächelnd:

"Meine Damen und Herren, ich hab's Ihnen ja immer gesagt, und ich hab' doch recht, wenn ich sage, dass das Papier nichts gilt."

Allgemeines Erstaunen in der Fraktion und Antwort des Diskussionsredners:

"Also, Herr Bundeskanzler, wenn ich Sie recht verstanden habe, setzen Sie Ihre Unterschrift bewusst unter ein verfassungswidriges Dokument."

Die Entgegnung des Altbundeskanzlers auf diese Antwort ist nicht bekannt. In der entscheidenden Sitzung selbst hat er sich jedenfalls nicht zu dieser Bemerkung geäußert.

Zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, ist immer noch ungewiss, ob unter den jetzt allgemein bekannten Umständen noch einmal eine von Adenauer geführte Bundesregierung zustande kommt. Wenn sie jedoch das Licht der Welt erblicken sollte, ist sie in ihrem Kern so angeschlagen, dass ihr die innere Kraft fehlen wird, um mit den Problemen unseres Volkes fertig zu werden. Zu ihrer politischen Substanzlosigkeit kommt jetzt auch noch das Stigma der Verfassungswidrigkeit.

Verschuldete Gemeinden - bei vollen Staatskassen

rd - Während in Bonn, im Gezerr um Koalition und Koalitionsvertrag, um Personen und Positionen, ein gut Teil Ansehen der Demokratie verspielt wurde, praktizierten in der Heinrich-Volkshochschule in Bergneustadt der "Friedrich-Ebert-Stiftung" die Finanzfachleute der Kommunen, des Bundestages, der Landtage, des Bundes, der Länderregierungen, wissenschaftlicher Institute, öffentlich-rechtlicher und privater Organisationen und der Publizistik ein Stück bester Demokratie. Sie berieten Probleme der kommunalen Finanzen und der Finanzreform, und so ein Stück Grundlage der politischen Demokratie, mit Freimut und aus der Sicht aller sachlichen und politischen Meinungen - und das sind ihrer viele.

Seit Jahren fordern die Gemeinden und Gemeindeverbände, die man gern als Schule der Demokratie bezeichnet, sowie die kommunalen Spitzenverbände, vollwertige dritte, aber selbständige Partner neben Bund und Ländern im bundesstaatlichen Finanzsystem werden zu wollen. Es gibt kaum eine Partei, die ihnen diese Stellung nicht schon versprochen hätte, keine Regierungserklärung, in der nicht eine Finanzreform, mit besonderer Berücksichtigung der Finanzierungsgrundlagen gemeindlicher Aufgaben, angekündigt worden wären. Zwar wurde inzwischen das Grundgesetz, das die Gemeinden stiefmütterlich behandelt hatte, geändert, den Gemeinden die Realsteuer-Garantie - Grund- und Gewerbesteuer - und ein Steuervertand aus der Einkommens- und Körperschaftssteuer gewährt, doch die Kommunen sehen damit die finanzwirtschaftlichen Grundlagen der Selbstverwaltung weder als gesichert, noch für ausreichend an. Die daraus verfügbaren Mittel haben weder den Nachholbedarf, noch die Kriegsfolgen abgedeckt und die Gemeinden haben sich verschuldet.

Die Gemeindefinanzen stehen, im Zusammenhang mit der seit langem geforderten und versprochenen Finanz- und Steuerreform, zur Zeit verstärkt im Gespräch; sie stehen aber auch zugleich im Streit der Interessen. Bund und Länder erkennen das Mißverhältnis zwischen den kommunalen Aufgaben und Finanzen wohl an; die privaten Organisationen und Interessenten verlangen von den Gemeinden noch höhere Leistungen, aber der Vorschläge zum Ausgleich der finanziellen Lasten sind viele; zu viele, als das eine baldige Verständigung über das allgemein Notwendige möglich schiene.

Den 24 000 Kommunen stehen zur Zeit etwa 21 vH des Steueraufkommens im Bundesgebiet zur Bewältigung ihrer Aufgaben zur Verfügung. Das waren 1960 rund 13 Milliarden DM, von 65 Milliarden DM Steueraufkommen insgesamt. Davon sind 8,5 Milliarden aus den Gemeindesteuern und 4,5 Milliarden aus Zuweisungen von Bund und Ländern geflossen. Rund 77 vH der eigenen Einnahmen der Gemeinden, das waren 6,6 Milliarden DM, stammten aus der krisenanfälligen Gewerbe- und Lohnsummensteuer. Besonders diese Steuer steht unter dem Beschuß der gewerblichen Wirtschaft und ihrer Interessenverbände. Der Bundestag hat bereits einmal auf Drängen der Interessenten ihren Ertrag durch Erhöhung der Freigrenzen gesenkt. Die Gemeinden halten sie deswegen für keine gesicherte Finanzierungsgrundlage.

Auch die Grundsteuern, die zweite Säule gemeindlicher Finanzierung, die 1935 noch 35 vH der Einnahmen, 1960 aber nur noch 17 vH eintrug, steht unter dem Druck der Interessenten. Der landwirtschaftliche und Haus-Grundbesitz haben mit Erfolg eine Anpassung der Steuereinheitswerte, die noch immer nach dem Stande von 1935 bemessen werden, verhindert. Auch die kleinen Gemeindesteuern, die Vergütungs- und Getränkesteuern, mit 3 Prozent Anteil an den gemeindlichen Eigeneinnahmen, sind Gegenstand von Angriffen der Gastwirte und des Vergnügungsgewerbes. So stehen die schon

jetzt mit mehr als einer Jahreseinnahme verschuldeten Gemeinden - 14 Milliarden - bei wachsenden Aufgaben vor angefochtenen Finanzgrundlagen. Sie schätzen ihren Finanzbedarf für die nächsten zehn Jahre auf über 155 Milliarden DM, von denen allein der Verkehr 55 Milliarden, der Wohnungsbau 40 Milliarden, die Schulen 20 Milliarden und die Aufrüstung des Dorfes 13,5 Milliarden DM erfordern.

Der Bundesverband der Industrie, der Deutsche Industrie- und Handelstag, der Bund der Steuerzahler und auch das Bundesfinanzministerium wünschen, gemeinsam mit vielen Politikern, im Rahmen der kommenden Finanzreform eine zentrale Erfassung und Verteilung aller Steuern im Bund sowie einen Steuerverbund des Bundes, der Länder und Gemeinden, in dem jedem der dann drei Partner sein gesetzlicher Anteil gesichert werden soll. Länder und Gemeinden sind dagegen. Sie sehen ihre eigene Steuerhoheit gefährdet - und damit die Länder zugleich die Grundlage ihrer föderativen Verfassung und die Gemeinden das Fundament ihrer Selbstverwaltung. So verweisen sie auf den Gegensatz solcher zentralstaatlicher Pläne zum föderativen Charakter des Grundgesetzes, auf die Schwierigkeit, einen Verteilungsschlüssel zu finden, der umso ungerechter wird, je gleichmäßiger er die Mittel zu verteilen sucht.

Hinter den Vorschlägen der gewerblichen Wirtschaft und ihrer Interessenverbände steht zumeist das Bestreben, der möglichst vollständigen Beseitigung der Besitz- und Ertragssteuern und die Abwälzung der vollen Steuerlast auf die Einkommensbezieher und Verbraucher. Sie empfehlen zusätzlich den Gemeinden auch die Erhebung von Kopfsteuern, die sattem bekannte "Wegersteuer", eine Wohnraumbesteuerung oder auch Zuschläge zur Lohn- oder Umsatzsteuer.

In der Sorge um die föderative Verfassung und Finanzhoheit sind die Länderfinanzminister in den letzten Wochen in einen edlen Wettstreit der Vorschläge zur Sanierung der Gemeindefinanzen getreten. Der bayerische Finanzminister schlug vor, die Kfz.-Steuer, eine Steuer der Länder, voll den Gemeinden zu überlassen, was in etlichen Ländern bereits geschieht. Hessens Finanzminister, Dr. Conrad, bot in Bergneustadt den Gemeinden zusätzlich die auf den Wertzuwachs zu erhöhende Vermögenssteuer an. Nordrhein-Westfalens Finanzminister kündigte an, aus der Gesetzgebungskompetenz der Länder die Grundsteuern erhöhen zu wollen, wenn der Bund mit seinem Bewertungsgesetz nicht bald zu Stuhle komme. Die Länder sind wohl ziemlich einheitlich der Auffassung, es bestehe kein unabweisbarer Zwang zur Änderung der gegenwärtigen Finanzverfassung.

Die Diskussion in Bergneustadt hat nur zur Klärung und Verständigung unter den Beteiligten beitragen können. Sie tat darin mehr als der Widerstreit der Interessen draußen im Lande zulässt. Eine Lösung der prekären Finanzprobleme der Gemeinden war hier jedoch so wenig in Sicht wie draußen und auch nicht die Hoffnung, der vierte Bundestag könnte erfüllen, was seine Vorgänger bereits lösen sollten und, bei stabileren politischen Mehrheitsverhältnissen als zur Zeit, doch unerfüllt ließen. Über dem freimütigen Gespräch in Bergneustadt lag die makabre Aussicht auf das Koalitionsgezänk in Bonn; über der demokratischen Diskussion hier, die intrigante politische Praxis zweier Parteien dort, die auch die Bezeichnung "demokratisch" in ihrem Namen führen.

Die Balkanfronten in Bewegung

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Der Moskauer Parteikongreß - insbesondere die Anklagen gegen den balkanesischen Zwergstaat Albanien - sind auch in Belgrad nicht ohne Echo geblieben. Während jedoch die Ostblockdiplomatie so tut, als habe sie nie etwas anderes über das Terrorssystem Enver Hodzas gesprochen als gegenwärtig Chruschtschow, sind die Jugoslawen, die seit Jahren diese Praktiken deutlich beim Namen genannt haben, erstaunlich still. Die eigentlich zu erwartende Befriedigung Belgrads über die Verurteilung Enver Hodzas hat bisher nicht in einem einzigen Kommentar wenigstens halboffiziellen Ausdruck gefunden. Nur Staatschef Tito selbst äußerte sich in einer erstaunlich kurzen Interviewantwort in dem Sinne, die Ursachen des sowjetisch-albanischen Streites seien mit denen der jugoslawisch-sowjetischen Auseinandersetzung von 1948 nicht zu vergleichen.

Mag man dies auch als zutreffend akzeptieren, bleibt damit die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß Chruschtschows Bannfluch gegen Tirana nicht ähnliche Folgen haben könnte wie der seinerzeitige Ausschluß aus dem Kominform. Denn an eine Kompromißlösung scheint im Falle Albaniens keiner mehr so recht zu glauben. Zu stark scheint der Polizeiapparat des albanischen Diktators, als daß er von innen gestürzt werden könnte.

Vor einem Eingriff von außen wird Hodza dagegen durch die geographische Lage Albaniens geschützt, wobei sich Tiranas vermeintliche Erzfeinde Jugoslawien und Griechenland nun als ein willkommener Schirm erweisen. Eine politisch-diplomatische Blockade durch den Ostblock dürfte dagegen kaum ausreichen. Man kann sich zwar auf weitere Abberufungen kommunistischer Botschafter aus der albanischen Hauptstadt in naher Zukunft gefaßt machen (die Sowjetunion und Polen sind bereits seit längerer Zeit, Rumänien dagegen erst neuerdings nur durch Geschäftsträger vertreten), aber all dies dürfte heute kaum den Sturz der ränkegewandten Hodza-Gruppe bewirken.

Die teilweise gleichfalls schon verwirklichte Wirtschaftsblockade des Ostblocks hat ebenso zwei Löcher: China und den Westen. Wenngleich China kaum in der Lage sein dürfte, zum Industrialisierungsprogramm Albaniens wesentlich beizutragen, kann es andererseits für das asiatische 650 Millionen Einwohnerriesenreich trotz aller eigenen Schwierigkeiten nicht allzu problematisch sein, seinen europäischen 1,5 Millionen Einwohnerstützpunkt auszuhalten.

In kommunistischen Kreisen des Ostblocks scheint man außerdem immer stärker mit der Möglichkeit zu rechnen, Tirana werde "prinzipienlos" eine stärkere Anlehnung an den Westen suchen. Als erstes Anzeichen dafür wird die in diesen Tagen erfolgte Verlängerung des albanischen Handelsabkommens mit Italien gewertet. Angekündigte Neuverhandlungen sollen insbesondere unter dem Aspekt einer Intensivierung des gegenseitigen Warenaustausches geführt werden.

Die politisch-ideologischen Fronten auf dem Balkan sind mit dem sowjetisch-albanischen Streit ungewein in Bewegung geraten, wenngleich man gegenwärtig nicht einmal eine Vermutung äußern kann, wo sie erstarren werden.

+ + +

Dummheit oder Provokation ?

Zur Verhaftung eines Jugoslawen in München

Werden Französische Widerstandskämpfer jetzt auch verhaftet?

sp - Die Verhaftung des 44 Jahre alten Handelsdirektors Vracario aus Zagreb in München hat natürlich besonders in Jugoslawien zu heftigen Protesten gegen die Bundesrepublik geführt. Vracario soll, laut einem "Fahndungsschreiben" des Landgerichtes Konstanz aus dem Jahre 1941 (!) im gleichen Jahre, in Jugoslawien an einer Partisanenaktion gegen deutsche Wehrmachtsangehörige beteiligt gewesen sein, in deren Verlauf zwei deutsche Soldaten getötet wurden. Der Jugoslawe war mit einem ordentlichen Visum in die Bundesrepublik eingereist, um in München Geschäftsverhandlungen im Auftrage seiner Firma zu führen.

Bis zum Beweis des Gegenteils nehmen wir an, dass die Verhaftung das Ergebnis einer bürokratischen Gedankenlosigkeit ist, denn wir können uns einfach nicht vorstellen, dass ein Mann, der für die Befreiung seines Vaterlandes kämpfte, 20 Jahre später auf Grund eines von der Hitler-Justiz ausgestellten "Fahndungsbriefes" heute in der Bundesrepublik zu Recht verhaftet werden kann.

Die deutsche Wehrmacht war in Jugoslawien eingedrungen und Jugoslawen kämpften gegen den Eindringling. Sie taten genau dasselbe, was Franzosen, Holländer, Belgier, Luxemburger, Polen und die Angehörigen vieler anderer Nationen, die von Hitler überfallen worden waren, für selbstverständlich hielten. Sollte sich herausstellen, daß die Verhaftung auf Grund p o l i t i s c h e r Überlegungen erfolgte, dann müsste sowohl in Konstanz wie auch in München für eine schnelle Säuberung der entscheidenden Arbeitsstellen gesorgt werden.

Der Vorfall wirft aber einige Fragen auf, über deren Beantwortung man sich in der Bundesrepublik möglichst bald Gedanken machen sollte. Am kommenden Wochenende findet in Bad Godesberg wieder die deutsch-französische Tagung statt. An ihr werden - wie jedes Jahr - eine Reihe Franzosen teilnehmen, die aktive Widerstandskämpfer waren und für besonders mutiges Verhalten im Kampf gegen die deutsche Wehrmacht dekoriert wurden. Es war Krieg. Da bekanntlich im Krieg geschossen wird, und es beim Augeiwechsel oder bei Sprengstoff-Attentaten gelegentlich auch Tote geben soll, könnte es sein, dass der eine oder andere dekorierte französische Widerstandskämpfer sich in der gleichen Situation befindet, wieder verhaftete Jugoslawe.

Der Polizeidirektor von Bad Godesberg wird sich also überlegen müssen, ob er nicht den einen oder anderen Gast aus Frankreich verhaften muss, sollte er - was nach den Vorgängen in Konstanz und München immerhin möglich wäre - in verstaubten Hitler-Akten einen "Fahndungsbrief" gegen einen französischen Widerstandskämpfer finden.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel